

696008-2026 - Wettbewerb

Deutschland – Baustoffe – Beschaffung eines mobilen Hochwasserschutzsystems

OJ S 195/2026 08/10/2026

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung - Änderungsbekanntmachung
Lieferleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Thüringer Landesverwaltungsamt

E-Mail: Beschaffung@tlvwa.thueringen.de

Rechtsform des Erwerbers: Regionale Gebietskörperschaft

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Beschaffung eines mobilen Hochwasserschutzsystems

Beschreibung: Beschaffung eines mobilen Hochwasserschutzsystems für 2000m gemäß

Leistungsbeschreibung. Anlieferung an voraussichtlich drei Standorte in Thüringen.

Kennung des Verfahrens: 34fb8736-c426-4073-b5a1-3096b9c0679a

Interne Kennung: 5090-435-0271/465-16 BA 161/26

Verfahrensart: Offenes Verfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Lieferleistungen

Haupteinstufung (cpv): 44110000 Baustoffe

2.1.2. Erfüllungsort

Land, Gliederung (NUTS): Nordhausen (DEG07)

Land: Deutschland

2.1.2. Erfüllungsort

Land, Gliederung (NUTS): Hildburghausen (DEG0E)

Land: Deutschland

2.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Bad Klosterlausnitz

Land, Gliederung (NUTS): Saale-Holzland-Kreis (DEG0J)

Land: Deutschland

2.1.4. Allgemeine Informationen

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung

Verstoß gegen die in den rein innerstaatlichen Ausschlussgründen verankerten Verpflichtungen: 1.) Ausschlussgründe gemäß §§ 123, 124 GWB: - § 129 des Strafgesetzbuchs (StGB) (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a StGB (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b StGB (kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland), - § 89c StGB (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 StGB zu begehen, - § 261 StGB (Geldwäsche; Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte), - § 263 StGB (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden, - § 264 StGB (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden, - § 299 StGB (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr), §§ 299a und 299b StGB (Bestechlichkeit und Bestechung im Gesundheitswesen), - § 108e StGB (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern) sowie § 108f des Strafgesetzbuchs (unzulässige Interessenwahrnehmung), - den §§ 333 und 334 StGB (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a StGB (Ausländische und internationale Bedienstete), - Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder - den §§ 232, 232a Absatz 1 bis 5, den §§ 232b bis 233a StGB (Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsarbeit, Ausbeutung der Arbeitskraft, Ausbeutung unter Ausnutzung einer Freiheitsberaubung). Mit dem Angebot ist mittels Eigenerklärung anzugeben, ob Ausschlussgründe nach §§ 123, 124 GWB vorliegen (siehe Formblatt „Erklärung zur Eignung gemäß § 48 VgV, §§ 31, 35 UVgO“). Das TLVwA fordert für den Bieter, der den Zuschlag erhalten soll, zur Bestätigung der Eigenerklärungen einen Auszug aus dem Wettbewerbsregister beim Bundeskartellamt ab. 2.) Der Auftragnehmer muss die Verpflichtungen des Thüringer Vergabegesetzes (ThürVgG) einhalten. Bieter müssen die Beachtung und Einhaltung entsprechend § 8 Abs. 1 S. 1 ThürVgG erklären. Nichterfüllung der Verpflichtungen bzw. die Nichtvorlage der Erklärung gemäß § 8 Abs. 1 S. 1 ThürVgG führen zwingend zum Ausschluss des Angebotes. Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren: Es wird geprüft, ob ein Zuschlagsverbot gemäß Artikel 5 k) Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 16 der Verordnung (EU) 2025/2033 des Rates vom 23. Oktober 2025 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren, vorliegt. Dazu ist vom Bieter die „Eigenerklärung Russland-Sanktionen“ zu verwenden.

5. Los

5.1. Los: LOT-0000

Titel: Beschaffung eines mobilen Hochwasserschutzsystems

Beschreibung: Beschaffung eines mobilen Hochwasserschutzsystems für 2000m gemäß Leistungsbeschreibung. Anlieferung an voraussichtlich drei Standorte in Thüringen.

Interne Kennung: 5090-435-0271/465-16 BA 161/26

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Lieferleistungen

Haupteinstufung (cpv): 44110000 Baustoffe

Optionen:

Beschreibung der Optionen: Für den Auftraggeber besteht die einseitige Option, im Jahr 2027 weitere 2000m des Systems zu bestellen und geliefert zu bekommen.

5.1.2. Erfüllungsort

Land, Gliederung (NUTS): Nordhausen (DEG07)
Land: Deutschland

5.1.2. Erfüllungsort

Land, Gliederung (NUTS): Hildburghausen (DEG0E)
Land: Deutschland

5.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Bad Klosterlausnitz
Land, Gliederung (NUTS): Saale-Holzland-Kreis (DEG0J)
Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Enddatum der Laufzeit: 31/12/2027
Andere Laufzeit: Unbekannt

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.
Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert
Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja
Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja
Zusätzliche Informationen: #Besonders auch geeignet für:other-sme#

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Eignungskriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Allgemeiner Jahresumsatz

Beschreibung des Eignungskriteriums: Es ist der Umsatz des Unternehmens in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren anzugeben (ggf. Angabe des Anteils bei Vorliegen von Bietergemeinschaften). Wenn keine Angabe eines Umsatzes möglich ist, ist dies zu begründen.

Kriterium: Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen

Beschreibung des Eignungskriteriums: Der Bieter hat das Formular "Erklärung zur Eignung" auszufüllen. Durch Einreichen des Angebots wird erklärt, dass die für die Ausführung der Leistungen erforderlichen Beschäftigten zur Verfügung stehen. Zudem wird versichert, dass ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzlich geregeltes Verfahren weder beantragt noch eröffnet wurde, ein Antrag auf Eröffnung nicht mangels Masse abgelehnt wurde und sich das Unternehmen nicht in Liquidation befindet. Sollte ein Insolvenzplan rechtskräftig bestätigt sein, wird der Bieter diesen auf Verlangen unverzüglich vorlegen. Weiterhin wird mit Einreichen des Angebots erklärt, dass der Bieter der Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung, soweit sie der Pflicht zur Beitragszahlung unterfallen, ordnungsgemäß nachgekommen ist. Die jeweils genannten Bestätigungen/Nachweise zu den Erklärungen müssen auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle innerhalb einer angemessenen Frist vorgelegt werden. Sobald

sich in Bezug auf die vorstehenden Erklärungen Änderungen ergeben, verpflichtet sich der Bieter, diese gegenüber der Vergabestelle unverzüglich anzuzeigen.

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Lieferungen

Beschreibung des Eignungskriteriums: Vom Bieter sind zum Nachweis der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit mindestens zwei geeignete Referenzen, die nicht älter als 3 Jahre ist, in Bezug zur gegenständlichen Leistung einzureichen (Eigenerklärung). Es ist nicht erforderlich, dass der Gegenstand der Referenz identisch mit dem hier ausgeschriebenen Leistungsgegenstand ist. Bitte verwenden Sie für den Nachweis das in der Anlage dafür vorgesehene Formblatt und fügen Sie es Ihrem Angebot bei. Der Auftraggeber behält sich vor, die angegebenen Referenzen nachzuprüfen.

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.evergabe-online.de/tenderdocuments.html?id=890496>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://www.evergabe-online.de/tenderdetails.html?id=890496>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Angebote: 22/10/2026 10:00:00 (UTC+02:00) Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Dauer, während der das Angebot gültig bleiben muss: 21 Tage

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können einige fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Nachforderungsmöglichkeiten richten sich nach § 56 Abs. 2 und Abs. 3 VgV.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Elektronische Rechnungsstellung: Zulässig

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer Freistaat Thüringen

Informationen über die Überprüfungsfristen: Gemäß § 160 GWB kann auf Antrag bei der Vergabekammer ein Nachprüfungsverfahren eingeleitet werden. Antragsbefugt ist nach § 160 Abs. 2 GWB jedes Unternehmen, das ein Interesse an dem öffentlichen Auftrag oder der

Konzession hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Abs. 6 GWB durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht. Gemäß § 160 Abs. 3 Nr. 1 GWB hat der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften gegenüber dem Auftraggeber innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen zu rügen. Gemäß § 160 Abs. 3 Nr. 2-3 GWB sind Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung oder die in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, spätestens bis zum Ablauf der vorgesehenen Angebotsfrist gegenüber dem Auftraggeber zu rügen. Im Falle dessen, dass der öffentliche Auftraggeber mitteilt, der Rüge nicht abhelfen zu wollen, ist es möglich, innerhalb von 15 Kalendertagen nach Eingang der Mitteilung einen Antrag auf Nachprüfung bei der zuständigen Stelle für Nachprüfungsverfahren zu stellen (§ 160 Abs. 3 Nr. 4 GWB). Die Vergabekammer Freistaat Thüringen ist in diesem Verfahren die für ein Nachprüfungsverfahren zuständige Stelle (Thüringer Landesverwaltungsamt - Vergabekammer- Jorge-Semprún-Platz 4, 99423 Weimar).

8. Organisationen

8.1. ORG-0000

Offizielle Bezeichnung: Thüringer Landesverwaltungsamt
Registrierungsnummer: Leitweg-ID 16900334-0001-29
Stadt: Weimar
Postleitzahl: 99423
Land, Gliederung (NUTS): Weimar, Kreisfreie Stadt (DEG05)
Land: Deutschland
E-Mail: Beschaffung@tlvwa.thueringen.de
Telefon: 000

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Freistaat Thüringen
Registrierungsnummer: Leitweg-ID 16900334-0001-29
Stadt: Weimar
Postleitzahl: 99423
Land, Gliederung (NUTS): Weimar, Kreisfreie Stadt (DEG05)
Land: Deutschland

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)
Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83
Stadt: Bonn
Postleitzahl: 53119
Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)
Land: Deutschland
E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de
Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

10. Änderung

Fassung der zu ändernden vorigen Bekanntmachung: a94fce7c-d20b-4801-a8a4-fa82599b306b-07

Hauptgrund für die Änderung: Aktualisierte Informationen

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 0f889cad-2887-4ef8-a22d-7a06348b7913 - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 06/10/2026 20:30:50 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 696008-2026

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 195/2026

Datum der Veröffentlichung: 08/10/2026